

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Konstantin von Notz, Katja Keul, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/13489 –

Export von Überwachungs- und Zensurtechnologie an autoritäre Staaten verhindern – Demokratischen Protest unterstützen

A. Problem

Verbesserte Regulierung des Exports von Überwachungs- und Zensurtechnologie auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene, um den Einsatz entsprechender Technologien in autoritären Staaten gegen die Bevölkerung zu verhindern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/13489 abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2013

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ernst Hinsken
Vorsitzender

Erich G. Fritz
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Erich G. Fritz

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/13489** wurde in der 240. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Mai 2013 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zielt darauf ab, den Export von Überwachungs- und Zensurtechnologie in autoritäre Staaten zu verhindern. In den vergangenen Jahren sei in autoritären Staaten Überwachungs- und Zensursoftware eingesetzt worden, um aufkeimenden Protest zu unterdrücken. In zahlreichen Fällen sei diese Software von deutschen und europäischen Unternehmen – zum Teil durch öffentliche Gelder gefördert – entwickelt worden. Der Export entsprechender Software könne bislang häufig nicht verhindert werden, da die Ausfuhr zumeist nicht genehmigungspflichtig sei. Lediglich bei Software, die auch militärisch genutzt werden könne oder über kryptographische Anteile verfüge, werde die Ausfuhr aus der Europäischen Union kontrolliert. Software, die zu Überwachungs- oder Zensurzwecken hergestellt worden sei, werde jedoch meist nicht von Militärs, sondern von Polizei- oder nachrichtendienstlichen Behörden eingesetzt. Es bestünden somit erhebliche Defizite bezüglich der Kontrolle des Exports entsprechender Technologie und Software auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene. Obwohl die Bundesregierung eine verbesserte Regulierung der Exporte von Überwachungs- und Zensursoftware mehrfach in Aussicht gestellt habe, sei sie bisher untätig geblieben. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Bundesregierung in ihrem Antrag unter anderem auf, sofort alle Möglichkeiten zu nutzen, um den Export von Überwachungs- und Zensurtechnologie und entsprechender Software auf nationaler Ebene zu regulieren sowie deren Ausfuhr in autoritäre Staaten zu unterbinden. Auf europäischer Ebene müsse die Bundesregierung entweder für die Aufnahme entsprechender Technologie und Software in die Dual-Use-Liste oder für die Einrichtung eines dem bisherigen Dual-Use-Regime entsprechenden Kontrollmechanismus sorgen. Weiterhin müsse sich die Bundesregierung innerhalb des Wassenaar-Abkommens für die künftige Erfassung entsprechender Technologien und Software als „digitale Rüstungsgüter“ und die Regulierung des Handels mit ihnen einsetzen. Bis zur Umsetzung dieser Maßnahmen müsse die Bundesregierung mehr Einzelembargos gegen autoritäre Staaten anstreben. Die Entwicklung von Überwachungs- und Zensursoftware dürfe nicht länger mit öffentlichen Geldern gefördert und ihr Export nicht durch Hermesbürgschaften unterstützt werden.

Berlin, den 5. Juni 2013

Erich G. Fritz
Berichtersteller

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/13489 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/13489 in seiner 86. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/13489 in seiner 109. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/13489 in seiner 142. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/13489 in seiner 86. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/13489 in seiner 91. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 17/13489 in seiner 89. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 17/13489 in seiner 107. Sitzung am 5. Juni 2013 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/13489 zu empfehlen.

